[illegible] Für die [illegible], die nicht [illegible], sollen die bisherigen Bestimmungen bis auf weiteres in [illegible] bestehen, ebenso für die aus dem Auslande eingeführten [illegible], die in jedem Falle auch ihre besonderen Einfuhrgenehmigungen benötigen.

— Die Reichseisenbahnfrage. Die Verhandlungen zwischen den Staatseisenbahnverwaltungen und dem Reich sind in vollem Gange. Am 14. Mai fand in Weimar eine erste Sitzung des sogenannten Fachausschusses für eine Vereinigung statt, in dem die Bundesregierungen mit Eisenbahnbesitz und das Reich vertreten sind, und in dem die preußische Eisenbahnverwaltung als der weitaus größte der zu verschmelzenden Betriebe den Vorsitz führt. Die Einstimmigkeit der erzielten Beschlüsse und der von allen Verwaltungen bekundete feste Wille, sich auf den Boden des Verfassungsentwurfs zu stellen, d. h. bis zum 1. Oktober 1920 die Vereinigung mit dem Reich herbeizuführen, gab dieser ersten Sitzung die besondere Prägung. Es wurden dabei die Grundlinien für das weitere Vorgehen festgelegt. Die vorbereitenden Arbeiten bewegen sich, wie die Zeitung des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen berichtet, nach zwei Richtungen. Einmal sollen im Einvernehmen mit dem Reich die Bedingungen festgelegt werden, die seitens der Bundesstaaten für die Aufgabe ihres Eisenbahnbesitzes zu stellen sind; dieser Teil der Arbeiten wird in der Aufstellung der Staatsverträge zwischen Reich und Bundesstaaten seinen Abschluß finden. Die Bedingungen werden den berechtigten Interessen der Bundesstaaten entsprechen müssen, aber gleichzeitig so zu gestalten sein, daß die demnächstigen Reichseisenbahnen von vornherein als lebensfähige Gebilde in die Erscheinung treten und durch keine unerträglichen Reservate in ihrer Weiterentwicklung gehemmt sind. Für die Ausarbeitung der Uebernahmebedingungen hat der Fachausschuß vier Unterausschüsse aus Mitgliedern der Staatseisenbahnverwaltungen und des Reichs eingesetzt, die sich mit den Finanz-, Rechts-, Personal- und Verkehrs- und Betriebsfragen zu beschäftigen haben und ihre Vorschläge dem Fachausschuß unterbreiten sollen, der sich im Oktober d. J. mit ihnen beschäftigen wird. Der zweite Teil der in Angriff zu nehmenden Arbeiten betrifft die Ueberleitung der Staatsbahnen in die Gesamtverwaltung selbst; hier sind auf allen Gebieten diejenigen Maßnahmen vorzubereiten, die sich für die Ueberleitung und den Zusammenschluß der Staatsbahnverwaltungen in die einheitliche Verwaltung des Reichs als erforderlich erweisen werden. Der hierfür bestimmte, aus Vertretern der Staatseisenbahnverwaltungen und des Reichs zusammengesetzte Ueberleitungsausschuß, der als ständiges Organ des Fachausschusses gedacht ist, wird demnächst seine Arbeiten beginnen. Die große Neuorganisation des Eisenbahnverkehrswesens schließlich, zu der die Verhältnisse über kurz oder lang führen werden, kann nicht im Zusammenhange mit der kommenden Verschmelzung der deutschen Staatsbahnnetze behandelt werden. Sie wird nicht mehr Aufgabe der einzelstaatlichen Verwaltungen, sondern der neuen Gesamtverwaltung sein. Jedenfalls haben aber die Staatseisenbahnverwaltungen schon jetzt einstimmig ihre Auffassung dahin ausgesprochen, daß diese Neuorganisation unter Beteiligung der breitesten Oeffentlichkeit, insbesondere unter Mitwirkung von Männern des praktischen Wirtschaftslebens geschaffen werden müssen.

* Gröba. Oeffentliche Sitzung des Gemeinderates findet am Montag, den 7. Juli 1919, nachmittags ½8 Uhr im Sitzungssaal in der Zentralschule statt. 1. Mitteilung über den Beitritt zum Wohlfahrtspflegeverband Riesa. 2. Vorschläge von Bewerbern zur Wahl für sechs neuzugründende ständige Lehrerstellen und Mitteilung über die vorgenommene Wahl. 3. Mitteilung über die Gewährung von Baukostenzuschüssen für den Hochbehälter in Weida. 4. Mitteilung über Vergebung verschiedener Bauarbeiten und Lieferungen für die Kleinwohnungsbauten an der Oststraße. Berichterstatter Herr Ortsbaumeister Langer. 5. Gewährung von Abschlagszahlungen für Erd- und Maurerarbeiten für die Kleinwohnungsbauten an die Baufirmen. Berichterstatter Herr Ortsbaumeister Langer. 6. Baugesuch der Firma Gustav Emil Müller, Bau eines Getreidesilos im Hafengelände. Berichterstatter Herr Ortsbaumeister Langer. 7. Mitteilungen über Maßnahmen gegen Feld- und Obstdiebstähle. Berichterstatter Herr Führer. 8. Aussprache über die weitere Bewirtschaftung der Kantine in der Ziegelei des Herrn Henkel. Berichterstatter Herr Horn. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

* Weida. Einem hiesigen Gutsbesitzer wurden nachts das Fleisch eines vor kurzem geschlachteten Schweines und 20 Stückchen Butter gestohlen.

* Oschatz. In einer von der Bürgerschaft einberufenen Versammlung wurde ein Bürgerausschuß gebildet. Demselben gehören Angehörige aller Stände und Berufsklassen, sowie aller Parteien an. Dieser Ausschuß bezweckt den Zusammenschluß aller, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe eintreten.

* Leisnig. Von Mitgliedern aller Parteien wird hier allwöchentlich eine Zusammenkunft abgehalten, bei der interparteiliche Besprechungen und zwangloser Austausch über politische Tagesfragen gepflogen werden. Diese Zusammenkunft verfolgt den Zweck, die Gegensätze zwischen den einzelnen Parteien zu mildern und eine Annäherung herbeizuführen. Der Vorsitzende der Zusammenkunft ist der weit über Leisnigs Grenzen hinaus bekannte Arzt und Politiker Dr. Erwin Jaeger.

)(Döbeln. (Telegr.) Der vermutliche Mörder, welcher in der Nacht zum 4. Juli an der Staatsstraße Zschackwitz und Zschäschütz einen russischen Kriegsgefangenen getötet und die Leiche in eine Schleuse geschoben hat, ist gestern abend auf dem hiesigen Hauptbahnhofe verhaftet worden. Es ist ein 21jähriger russischer Kriegsgefangener, der früher als landwirtschaftlicher Arbeiter in der Nähe des Tatortes beschäftigt war. Er gibt an, daß ein Einbruchsdiebstahl geplant war, über dessen Ausführung Uneinigkeit zwischen den drei Beteiligten entstand. Ein Dritter habe den Kameraden getötet. Der Verhaftete ist schwer an der Hand verletzt.

)(Dresden. Die städtische Straßenbahn hat am vergangenen Montag die höchste Tageseinnahme seit Bestehen der Straßenbahn überhaupt erzielt, nämlich ca. 78 000 Mark. Diese Einnahme, die die Durchschnittseinnahme um ein Vielfaches übersteigt, ist darauf zurückzuführen, daß infolge der am 1. Juli eingetretenen Erhöhung des Tarifs die Sieberer-Karten, die bekanntlich bis zum 14. Juli Geltung haben, von vielen Fahrgästen in Vorrat gekauft worden sind.

Pirna. Einen gräßlichen Tod erlitt der 55 Jahre alte Geschirrführer Stengel von hier. Auf dem Hofe der Pirnaer Schleifstein-Werke wurden Mühlsteine abgeladen. Als ein 40—50 Zentner schwerer Stein mittels Winde auf dem Wagen in eine schräge Lage gebracht wurde, um ihn hinuntergleiten zu lassen, machte sich Stengel trotz Warnung an der gefährdeten Seite des Wagens zu schaffen. In diesem Augenblick glitt der Stein herab und begrub den Bedauernswerten unter sich, der sofort tot war.

Grimma. Die Heidelbeerernte in den Wäldern der hiesigen Gegend wird heuer besser als seit vielen Jahren. Die Sträucher sind reich mit Beeren behangen. Da es an Feuchtigkeit nicht gefehlt hat, sind die Beeren auch von ansehnlicher Größe. Die Ernte verspätet sich aber wegen der späten Blüte um drei bis vier Wochen gegen normale Jahre. Nur vereinzelt sieht man bis jetzt reife Beeren.

Schleiz. Um dem Hamsterunwesen im Reußischen Oberland zu steuern, müssen gemäß Beschluß des [illegible] die Sommergäste, denen der Aufenthalt im Bereiche des Bezirksverbandes Schleiz gestattet wird, eine Kaution von 50 Mark für den Kopf beim [illegible] des [illegible] hinterlegen, die verfällt, sobald die Sommer[illegible] [illegible] [illegible] [illegible] erlangt haben. Die Hamsterwaren sollen an [illegible] Gemeinden abgegeben werden.

Sitzung der Sächsischen Volkskammer.

Nach dem [illegible] wird zur Tagesordnung übergegangen. [illegible] zunächst mehrere Kapitel des Nachtragsetats. So bewilligt die Kammer für die Erwerbung von [illegible], einschließlich Grundstücks und der hiermit zusammenhängenden anderen Ausgaben, abgesehen von den früheren, bereits verausgabten Mitteln 6 300 000 Mark als 4. Teilbetrag.

Zum anderen werden von dem im außerordentlichen Staatshaushaltsplan auf die Jahre 1918 zu 1919 eingestellten 3 Millionen Mark für Erwerbungen aus Anlaß des Gesetzes über das staatliche Kohlenbergbaurecht 100 000 Mk. unter der Voraussetzung genehmigt, daß davon keinerlei im Gesetz vorgesehene Vermögensentschädigung gewährt werde.

Hierauf bewilligt die Kammer als Beteiligung an der Bezirksstickereigesellschaft der Amtshauptmannschaft Zittau 300 000 Mark und für Vermehrung der Güterwagen (vorgesehen ist der Bau von 3378 vollspurigen Güterwagen) 9 781 000 Mark.

Darnach beschäftigt sich das Haus mit einem Abänderungsantrag des Finanzausschusses A zur Regierungsvorlage, den Entwurf eines Gesetzes über die Dienststellung der Minister betreffend, über den wir schon berichteten.

Nach der Berichterstattung des Abg. Müller-Zwickau (Soz.) über die Beratung der Vorlage im Ausschuß wünscht Abg. Nyssel (Unabh.) für seine Fraktion neben anderen Bemängelungen des Gesetzes, daß in der Gehaltssumme das Wohnungsgeld mit eingeschlossen sein solle.

Abg. Dr. Wagner (D.-N.) beantragt eine unwesentliche Fassungsabänderung.

Abg. Müller-Zwickau (Soz.) wendet sich gegen die Vorschläge der Unabhängigen.

Abg. Schiersand (Dem.) stimmt den vom Abg. Dr. Wagner vorgebrachten Anträgen zu.

Abg. Blüher (D. Vp.): Er habe zwar die Annahme des Gesetzes in der vom Ausschuß eingebrachten Fassung gewünscht, doch werde seine Partei zu den Anträgen des Abg. Dr. Wagner ihre Zusage geben.

Die weitergehenden Anträge der unabhängigen Sozialdemokraten lehne seine Partei ab. Nach nochmaligen Ausführungen des Abg. Nyssel (Unabh.), in denen er darauf hinweist, daß die Anträge des Abg. Dr. Wagner keine Verbesserungen herbeiführen und nach einem kurzen Schlußworte des Berichterstatters wird die Vorlage unter Annahme der Abänderungsanträge des Abg. Dr. Wagner gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Hierauf beschäftigt sich die Kammer mit einem Antrage des Finanzausschusses A, die in den Etatkapiteln Einnahmen der allgemeinen Kassenverwaltung, Gesamtministerium und Staatskanzlei, Ministerium des Innern, Arbeits- und Wirtschaftsministerium, sowie zum Kapitel allgemeine und unvorhergesehene Ausgaben im Geschäftsbereiche des Ministeriums des Innern, die darin vorgesehenen Ausgaben zu bewilligen. Nach der Berichterstattung des Abg. Koch (Dem.) erhebt

Vizepräsident Lipinski (Unabh.) schwere Vorwürfe gegen das Gesamtministerium. Es gäbe überhaupt kein verantwortliches Gesamtministerium. Das Ministerium wälze die Verantwortung von sich auf andere ab. Die Versammlungsfreiheit werde unterbunden. Sie würde nur gewährt unter der Voraussetzung, daß nicht über den Belagerungszustand gesprochen werde. Die einzige Richtschnur der Regierung sei Gewalt, aber Gewalt erzeuge Gegengewalt. Weiter spricht er sich gegen die Schutzhaft und gegen die Reichswehrmacht aus. Der Schluß seiner Rede beschäftigt sich mit den Vorgängen während der letzten Stunden vor der Unterzeichnung des Friedensvertrags in Weimar. (Der Redner wurde wiederholt vom Vizepräsidenten Dr. Dietel ermahnt, zur Sache zu sprechen).

Ministerpräsident Dr. Gradnauer (dem im allgemeinen Lärm nach diesen Ausführungen vom Vizepräsidenten nur mit Mühe Gehör verschafft werden kann): Die Gelegenheit der Beratung obiger Etatkapitel habe sein Vorredner dazu benutzt, um über allerlei hochpolitische Gegenstände eine Rede zu halten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten „Leipziger Allerlei!") Wenn der Vizepräsident Lipinski gegen Belagerungszustand, Amnestien, Schutzhaft usw. ausgesprochen habe, so müsse er dem entgegenhalten, daß auch für ihn nichts bedauerlicher und nichts trauriger sei als die Anwendung derartiger Maßnahmen. Dabei sähen aber die Unabhängigen nicht ein, wo die Ursache dafür liege (Zustimmung). Weiter macht er den Unabhängigen schlimme Zweideutigkeiten ihrer Politik zum Vorwurf, denn sie hätten die Grundsätze der Demokratie schwer gebrochen. (Der Ministerpräsident, der in großer Nervosität spricht, wird sehr oft von den Abgeordneten beider sozialdemokratischen Parteien unterbrochen.)

Abg. Günther-Plauen (Dem.): Die Staatsregierung in ihrer gegenwärtigen einseitigen Zusammensetzung biete für seine Partei keine Gewähr, daß ihre Grundsätze wahrgenommen würden. Sie werde daher gegen die im Nachtragsetat für den Posten des Ministerpräsidenten geforderten Ausgaben stimmen und lehne jede Verantwortung für die zukünftige Politik der Regierung ab.

Abg. Sindermann (Soz.): Der gegenwärtige Zustand sei durchaus kein idyllischer, und seine Partei denke nicht daran, denselben weiter beizubehalten, sondern habe schon vor einigen Wochen beschlossen, nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit den Fraktionen auf Reorganisation der Regierung in Verhandlungen zu treten. Dies solle schon in den nächsten Tagen geschehen.

Abg. Günther-Plauen (Dem.) beantragte unter schallender Heiterkeit der übrigen Parteien in Anbetracht der durch die Erklärung des Abg. Sindermann veränderten Lage die sofortige Vertagung um ¼ Stunde. In großer Aufregung verlassen die Abgeordneten den Saal zur Abhaltung von Besprechungen innerhalb ihrer Fraktionen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt

Abg. Fleißner (Unabh.), daß er die vom Abg. Sindermann abgegebene Erklärung begrüße, weil sie endlich Klarheit geschaffen hätte, was für das Land notwendig sei. Seine Partei würde die Dinge an sich herankommen lassen. Die Gestaltung der politischen Lage in Sachsen wäre für die Unabhängigen nicht ungünstig gewesen. Es sei die Zeit nicht mehr allzu fern, wo seine Partei als Arbeiterpartei maßgebenden Einfluß in Sachsen haben werde. In der Mehrheitssozialdemokratischen Partei vollziehe sich seit einiger Zeit eine auffällige Wandlung, die geeignet sei, die ganze Politik dieser Partei zu verändern.

Abg. Günther-Plauen (Dem.) spricht sich eingehend über die obigen Etatkapitel aus und tritt dabei für Einführung des freien Handels ein. Zum Schlusse erklärt er, daß seine Fraktion nach der nun neu geschaffenen Lage dem Kapitel zustimmen werde.

Wirtschaftsminister Schwarz begründet die Unmöglichkeit der Einführung des freien Handels, die nur der Wunsch einzelner und nicht der Gesamtheit sei.

Abg. Sindermann (Soz.): Seine Partei wolle nicht einseitig die gesamte Verantwortung für unser gesamtes Volk tragen und sei deshalb bereit, eine parlamentarische Regierung zu bilden, hervorgegangen aus allen Fraktionen der Volkskammer. Den Ausführungen des Abg. Fleißner hielt er entgegen, daß von einer Abwanderung der Wählerschaft der Sozialdemokratischen Partei keine Rede sein könne. Wenn seine Partei den Streiks entgegengetreten sei, so sei dies deshalb geschehen, weil die Streiks das größte Uebel der Jetztzeit wären, durch das wir immer tiefer in den Abgrund hineingezogen würden. Wir müßten alle unsere Pflicht tun und zusammenstehen, um das deutsche Volk aus dem furchtbaren Wirrwarr wieder herauszuführen (Bravo!)

Abg. Dr. Eckardt (D.-N.) erklärt zu der vom Wirtschaftsminister Schwarz aufgeworfenen Frage, was man unter freiem Handel verstehe, daß dies ein Handel sei, der im Ein- und Verkauf und in der Preisbemessung keiner behördlichen Aufsicht unterstellt sei.

Vizepräsident Lipinski (Unabh.) verteidigt sich gegen die Ausführungen des Ministerpräsidenten. — Nach einer kurzen Darlegung des Abg. Menke (Unabh.) stimmt die Kammer dem Antrage auf Bewilligung für die Ausgaben obengenannten Etatkapitels zu, mit dem Unterschiede, daß nur die Unabhängigen die Annahme des Kapitels betr. Gesamtministerium ablehnen.

Der hierauf zur Besprechung kommende Antrag des Finanzausschusses A zum Kapitel direkte Steuern des Gesetzes über einen Nachtrag zum Finanzgesetz für die Jahre 1918/19, der auf die unseren Lesern schon bekannte Erhöhung der Ergänzungs-, Grund- und Einkommensteuer hinausläuft, wird nach reger Aussprache in Anwesenheit von kaum 20 Abgeordneten von der Kammer angenommen.

Ebenso wurde einem weiteren Antrage des gleichen Ausschusses, die Einnahmen der allgemeinen Kassenverwaltung in Höhe von 122 784 078 Mark zu bewilligen und das ganze Finanzgesetz anzunehmen, zugestimmt.

Schluß der Sitzung 7,10 Uhr abends.

Nächste Sitzung: Montag, den 7. Juli, nachm. 4 Uhr.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der Empfang Hindenburgs in Hannover. Um 11 Uhr traf gestern Generalfeldmarschall v. Hindenburg auf dem Bahnhofe in Hannover ein. Zu seinem Empfange waren Vertreter des Magistrats und der Behörden anwesend. Bürgermeister Dr. Weber hielt eine Ansprache, auf die Hindenburg folgendes antwortete: Viel herzlichen Dank für den freundlichen Willkommengruß. Die Zeiten sind schwer, aber sie müssen durchgehalten werden. Es ist nicht deutsche Art, zu verzagen. Auch ich hoffe auf eine bessere Zukunft. Jeder einzelne Deutsche muß dazu helfen. Ich kehre in die Heimat zurück, und es ist mir ein Lichtblick, so viel Wohlwollen und Güte zu finden, die Ausdruck findet in dem herrlichen Heim, das mir meine Mitbürger bereitet haben. Gruß und vielen Dank allen Mitbürgern. Der Generalfeldmarschall begrüßte darauf die Herren der verschiedenen Abordnungen durch Händedruck, und unter dem Jubel einer riesigen Menschenmenge, die ihm immer wieder und wieder lebhafte Ovationen darbrachte, setzte er die Fahrt nach seinem neuen Heim in der Seelhorststraße fort.

Hindenburg an den Reichspräsidenten. Generalfeldmarschall von Hindenburg hat anläßlich seines Rücktritts an den Reichspräsidenten folgende Drahtung gerichtet: Herr Reichspräsident! Die Unterzeichnung des Friedensvertrages ist mir zu folgender Erklärung Veranlassung: Für alle Anordnungen und Handlungen der Obersten Heeresleitung seit dem 29. August 1916 trage ich die alleinige Verantwortung. Auch sind alle mit der Kriegführung zusammenhängenden Entschlüsse und Befehle Seiner Majestät des Kaisers und Königs seit diesem Tage auf meinen ausdrücklichen Rat und unter meiner vollen Verantwortung gefaßt und erlassen worden. Ich bitte diese Erklärung zur Kenntnis des deutschen Volkes und der alliierten Regierungen zu bringen. (gez.) Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Erhöhung der Fettration. Wie die „Deutsche Allg. Ztg." mitteilt, wird vom 1. August ab die Fettration im ganzen Deutschen Reiche von 110 auf 150 Gramm wöchentlich erhöht werden. Daneben soll die Lieferung des Auslandsspecks beibehalten werden. Die erforderlichen Vorräte für das nächste Vierteljahr sind bereits gesichert. Das Ernährungsministerium hofft auch von dieser Maßregel eine Besserung unserer Ernährung, die zur Beruhigung des Streikfiebers wesentlich beitragen könnte. Weitere Verbesserungen sind für die nächste Zeit kaum zu erhoffen. Die Fleischversorgung gestaltet sich immer schwieriger. Sie wird sich ohne Heranziehung ausländischer Vorräte gar nicht durchführen lassen. Doch sind auch hier schon größere Vorräte angekauft worden. Ob sie vermehrt werden können, hängt im wesentlichen davon ab, inwieweit es uns gelingt, durch Ingangbringen unserer Ausfuhr neue Zahlungsmittel flüssig zu machen.

Lebensmittel an der holländischen Grenze. Die „Information" meldet aus Rotterdam: An der deutsch-holländischen Grenze liegen für über 20 Millionen Gulden Lebensmittel und Rohstoffe zur Ausfuhr nach Deutschland bereit. Man erwartet jeden Tag die Freigabe der Einfuhr nach Deutschland. In Holland sind zahlreiche deutsche Großhändler eingetroffen, um Lebensmittel für Deutschland anzukaufen.

Ausweisung der Sommerfrischler. Einzelne Städte Mecklenburgs haben angefangen, die Sommerfrischler, die dort seit Wochen wohnen und das Hamstern begünstigen, auszuweisen.

Ueber eine Neuordnung des ehrengerichtlichen Verfahrens gegen Offiziere finden zur Zeit Beratungen statt. Das Verfahren wird nach demokratischen Grundsätzen weitgehend umgestaltet und soll eine Regelung durch Gesetz finden.

Die Toten und Verwundeten von Scapa Flow. Obwohl das Reichsmarineamt sich sofort nach der Tat von Scapa Flow an die englischen Marinebehörden gewandt hat, um über den Verbleib der deutschen Offiziere und Mannschaften und vor allem über die Toten und Verwundeten authentische Nachrichten zu erhalten, ist bei dem geringen Entgegenkommen der englischen Marinebehörden bislang eine Antwort noch nicht eingetroffen, sodaß die Angehörigen dieser Leute sich noch solange gedulden müssen, bis es den Engländern gefällt, zu antworten.

Oeffentliche Unsicherheit und Polizeireform. Die Errichtung eines kriminal-wissenschaftlichen Instituts unter Leitung des Gerichtschemikers Dr. Popp, die von der Universität Frankfurt a. M. unternommen wird, begrüßt die „Deutsche Juristen-Zeitung" als einen wertvollen Schritt zur Bekämpfung der schreckenerregenden Unsicherheit, die in Deutschland, zumal in den Großstädten, eingetreten ist, und knüpft daran die Forderung, daß weitere Hochschulen diesem Beispiel schnell folgen und durch Heranziehung technisch geschulter Kriminalisten und Polizisten der Deutschland bedrohenden Verbrechensflut einen Damm entgegensetzen. Insbesondere wird auf die Sicherheitszustände Großberlins hingewiesen, die immer trostloser werden. Noch immer wächst die Zahl der Morde und Ueberfälle in den belebtesten Gegenden, die meistens unentdeckt bleiben. Kein Haus bleibt von Einbruch und Diebstahl verschont, sodaß die Einbruchs-Versicherungsgesellschaften bereits neue Anträge ablehnen. Münzfälschung, Schleichhandel und Schiebungen in jeder Art stehen in voller Blüte. Immer neue Bars, Kasinos, Tanz- und Nachtlokale werden eröffnet, aus denen trotz Alkoholmangels noch in den hellen Morgenstunden männliche und weibliche Besucher aller Altersstufen in lärmender Trunkenheit heraustaumeln. Spielklubs schießen allerorten aus der Erde und plündern breite Volksschichten aus — ganz ungehindert, soweit nicht die regelmäßigen Brandschatzungen der umherziehenden, mit Handgranaten bewaffneten Banden als rächende Nemesis auftreten, die dem Deckmantel der „geschlossenen Gesellschaft" weniger hilflos als die Polizei entgegentritt. Die Polizei tut dabei ihr [illegible]